



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/87 - 13. April 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24834-33

Fernschreiber 0885890

Hinweise
auf den Inhalt:

Ein Torybudget der sozialen Ungerechtigkeit	S. 3
Gespräche mit dem Präsidenten des Akademischen Austauschdienstes	S. 3
"Christliche Konzentration" an der Saar	S. 8
Anhang: Pfarrer Dr. Dr. Fritz Wenzel, MdB./ OSTERN 1957	

Die Wissenden haben gesprochen
... und wurden abgekanzelt

G.M. - Der beschwörende Appell von 18 führenden deutschen Kernphysikern gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik hat - wie sollte es anders sein ? - wie eine Bombe eingeschlagen. Es ist inzwischen bekanntgeworden, dass die Wissenschaftler, die den gestern veröffentlichten Appell unterschrieben haben, schon seit längerer Zeit den Gedanken diskutierten, vor der ungeheuren Gefahr zu warnen, die dem deutschen Volk angesichts der Pläne der Bundesregierung im Hinblick auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr droht. Die Männer der Wissenschaft waren sich bewusst, dass man ihnen von "höchster Stelle" den Vorwurf machen würde, sie griffen in die Politik ein, in eine Materie also, die nicht zu ihrem "Arbeitsgebiet" gehöre. Die 18 Physiker sind ihrem Gewissen gefolgt. Sie haben gesprochen, ohne Rücksicht darauf, ob ihr Appell in die "Linie" von Bonn passt oder nicht. Diese Tat ehrt nicht nur die Männer, die sie vollbrachten, sondern die ganze deutsche Wissenschaft, für die sie stellvertretend gesprochen haben.

Das Echo des offiziellen Bonn war so, wie man es erwarten musste. Mit der bei ihm schon gewohnten Primitivität hat der Bundeskanzler die 18 führenden deutschen Atomwissenschaftler abgekanzelt. Er meinte, was für das deutsche Volk richtig sei, wisse er allein, und ihm scheine, dass die Wissenschaftler doch nicht im Besitz der Ergebnisse von Versuchen in den Vereinigten Staaten zum Schutze von Soldaten und

Zivilisten vor der Wirkung der furchtbaren Waffen seien. Man hätte ihn, den Herrn Bundeskanzler, vorher fragen sollen; er hätte den Wissenschaftlern diese Ergebnisse gern mitgeteilt.

Um die Wissenschaftler aber richtig "in die Ecke" zu stellen, sprach ihnen der Herr Bundeskanzler jede politische Urteilsfähigkeit ab. Ihre Erklärung, so sagte er, habe mit wissenschaftlichen Erkenntnissen nichts zu tun. Das sei eine Erklärung rein aussenpolitischer und militärischer Natur. Man müsse aber Kenntnis von den Erkenntnissen haben, die diese Wissenschaftler nicht hätten, weil sie nicht zu ihm gekommen seien,...

Selten wohl hat sich Adenauer so entblößt, wie in diesem Falle. Er scheint also wirklich zu glauben, dass die politische Urteilsfähigkeit nur ihm gegeben ist. Wer nicht bei ihm antichambriert, wer ihn nicht fragt, was er sagen oder tun darf, weiss nichts.

In diesem Bekenntnis zur Seltstherrlichkeit des Bundeskanzlers liegt die ganze Tragödie der jetzigen westdeutschen Politik begründet. Der Mann hat sich seit Jahren mit einer Reihe von Ja-Sagern und Nachbetern umgeben, dass er im hohen Alter gar nicht mehr merkt, wie weit er von der Wirklichkeit entfernt ist. Die Ein-Mann-Herrschaft in Bonn droht die junge deutsche Demokratie zur Karikatur zu machen. Aus den Äusserungen des Bundeskanzlers spricht aber auch die nur von der Unwissenheit herkommende Missachtung der Wissenschaft. Von so etwas werden wir in der Bundesrepublik regiert!

Es liegt uns fern, den Appell der 18 führenden deutschen Atomwissenschaftler zum Gegenstand parteipolitischer Überlegungen zu machen. Das Problem, das jetzt von den Wissenschaftlern angesprochen wurde, ist das Problem des Seins oder Nichtseins unserer Nation. Ihr Appell ist der Ruf des Gewissens gegen die Vergewaltigung durch eine unfähige und vielleicht sogar gewissenlose Politik. Er ist die uns alle bis ins Mark erschütternde Mahnung, dass die Menschen erkennen sollen, wo ihre Aufgabe liegt - in der Nutzbarmachung der von der Wissenschaft entdeckten und entwickelten Naturkräfte zum Wohle der Menschheit.

Wir sind gewiss, dass die 18 führenden deutschen Kernphysiker im Sinne und im Namen der Überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes gesprochen haben; sie finden dabei die volle Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie, die sich mit ihrer ganzen Kraft gegen die atomare Vernichtung unseres Volkes auflehnt.

Hilfe für jene, die sie am wenigsten brauchen

E.A. London

Jedermann in Grossbritannien war darauf gefasst, dass Schatzkanzler Thorneycroft in seinem Budget für 1957/58 dem Mittelstand entgegenkommen würde. Das Lied vom notleidenden Mittelstand war so lange gesungen worden, dass man endlich etwas Konkretes erwarten zu dürfen glaubte. Schliesslich hatte der Mittelstand bei den Nachwahlen in Scharen den Tories die Gefolgschaft aufgesagt - und diese Entwicklung sollte nach Ansicht der um ihre Sitze bangenden konservativen Abgeordneten aufgehalten werden. Aber Mister Thorneycroft hat dem Druck aus den eigenen Reihen nicht nachgegeben. Das Budget, das er dem Unterhaus vorlegte, wird den Konservativen keine Wähler zuführen.

Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten liessen dem Schatzkanzler keinen weiten Spielraum zu Konzessionen. Wenn er nicht der inneren Inflation die Schleusen öffnen wollte, so blieb ihm nur eine kleine Summe dafür zur Verfügung, nämlich etwa ganze 100 Millionen Pfund (oder 1,2 Milliarden D-Mark) bei einem Gesamtetat, dessen Einnahmen und Ausgaben je die 5-Milliarden-Pfund-Grenze (über 60 Milliarden D-Mark) überschreiten. Mit anderen Worten, er konnte etwa soviel verschenken, als man am Wehretat dieses Jahr einsparen wird.

Wie er dieses Geschenk auf die einzelnen Bevölkerungsschichten verteilt hat, das kennzeichnet den Trend einer konservativen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die echten Nutzniesser des diesjährigen Budgets sind fast ausschliesslich die Manager, Geschäftsleute und höchsten Beamten - die Minister darunter -, deren Einkommen über 24 000 D-Mark jährlich liegt. Für sie hat Peter Thorneycroft erhebliche Einkommensteuersenkungen gewährt. Er hat die Grenze der Zusatzsteuer zur Einkommenssteuer, die bisher bei 2 000 Pfund lag, um den Betrag der steuerfreien Familienabzüge hinaufgeschoben und besondere Abzüge bis zu einer Einkommenshöhe von 10 000 Pfund (120 000 D-Mark) gewährt. Personen, die diesen Einkommensgruppen angehören, werden in diesem Jahre je nach der Höhe ihrer Bezüge zwischen 2 500 und 7 500 D-Mark weniger Einkommensteuer zu entrichten brauchen. Ein grosszügiges Geschenk an diejenigen, die es am wenigsten brauchen. Rund 300 000 Steuerzahler werden davon profitieren. Nicht aber etwa jene grosse Masse des Mittelstandes, deren Einkommen unter 24 000 D-Mark jährlich liegt. Von -4-

einem Stimmenfangbudget kann man daher nicht sprechen - wohl aber von einem Budget für die Reichen.

Einen fast gleichgrossen Batzen von Steuergeldern vergab Mister Thorneycroft an britische Handels- und Industriefirmen, die ihre Geschäfte in Übersee - meist in Commonwealthländern - betrieben und bisher für die dort gemachten Gewinne Einkommen- und Gewinnsteuer zahlen mussten. Ihre Gewinne, die im Auslande gemacht werden, sollen weder der Einkommensteuer noch der Gewinnsteuer unterliegen. Betroffen davon werden vor allem die Ölkonzerne, die Gold- und Erzminen, die Tee- und Kautschukgesellschaften. Indem man ihnen jetzt das Leben erleichtert, will man die starke Abwanderung solcher Gesellschaften - viele haben in letzter Zeit ihren Geschäftssitz nach Bermuda verlegt - eindämmen. Man öffnet allerdings, wie die Sprecher der Labouropposition darlegten, der Steuerhinterziehung weite Tore.

Die sonstigen Änderungen im diesjährigen Budget fallen weder wirtschaftlich noch sozial und politisch ins Gewicht. Was der Schatzkanzler der breiten Öffentlichkeit an Vergnügungssteuern für Theater, Sportveranstaltungen und Kino zugesteht, nimmt er ihnen in gleicher Höhe durch die Erhöhung der Fernsehlicenzen um 12 D-Mark pro Jahr wieder weg. Peter Thorneycroft wird in der britischen Steuergeschichte der Mann bleiben, der eine Steuer für das zu Hause genossene Vergnügen des Fernsehens eingeführt hat. Aber in einem Lande, in dem ausser Süssigkeiten alle Annehmlichkeiten des täglichen Lebens versteuert werden, konnte ja das Fernsehen den engen Maschen des Steuernetzes nicht lange entschlüpfen.

Nimmt man das Budget als Ganzes, so lassen sich einige bindende Schlüsse ziehen. Die Minister haben sich selbst und die ihnen gleichgestellten Einkommensempfänger zu einer ansehnlichen Einkommenerhöhung verholfen. Die Folgen der Unpopularität ertragen sie mit Gleichmut, da sie nicht an Neuwahlen vor Ende 1959 denken. Die Regierung hat sich ferner keinen Spielraum gelassen, um soziale Leistungen und Renten im Laufe der kommenden zwölf Monate aufzubessern. Die Altersrentner werden weiter darben. Die britische Wirtschaft aber wird wie in den Vorjahren zwischen der Charybdis der Inflation und Bedrohung der Pfundwährung und der Scylla der Beendigung der Vollbeschäftigung hin und her schaukeln.

Wünsche und Forderungen

Im Rahmen der Diskussion über die Förderung von Wissenschaft und Forschung hatte unser Mitarbeiter D.Str. ein Gespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, Prof. D.Dr. Werner Richter. Professor Richter, der als Ministerialdirektor im Preussischen Kultusministerium in der Zeit der Weimarer Republik die preussischen Hochschulverfassungen ausarbeitete, war an dem Wiederaufbau der Universität Bonn beteiligt. Er wurde 1954 zum Präsidenten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes gewählt, an dessen Gründung er in den zwanziger Jahren beteiligt war.

Professor Richter befasste sich zu Beginn des Gespräches mit den augenblicklich stark in den Vordergrund getretenen Tendenzen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung. Es ist nach der Meinung des Präsidenten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes zwar erfreulich, dass von vielen Seiten ein grosses Interesse für die Förderung von Wissenschaft und Forschung besteht, jedoch darf man nicht vergessen, dass nicht alles, was heute der Förderung von Wissenschaft und Forschung dienlich ist, allein von finanziellen Problemen her gesehen werden kann. "Gewiss bleibt es unbegreiflich", sagte Professor Dr. Richter, "dass bei einer Zahl von 140 000 westdeutschen Studierenden die Dozentenzahl noch auf den Stand von 1930 steht". Dieser Zustand sticht grell ab von anderen Kulturländern. Dabei leidet die Unterrichtsmethode, und die Studenten kommen zu kurz.

Nach der Ansicht von Professor Dr. Richter ist die Förderung von Forschung und Lehre nicht nur ein finanzielles, sondern oft noch mehr ein Problem der Organisation. Es sei nicht so, dass durch bessere Organisation die Lernfreiheit sogleich eingeschränkt werde. Die Lernfreiheit dürfe kein Mythos werden und kein Schutzschild für Passivität in allen Fragen der Reform. Die Mittel für Forschung und Lehre müssen natürlich erhöht werden, aber mindestens ebenso wichtig sei eine Beseitigung des Wirrwarrs der Kulturständigkeiten, der in Deutschland bestehe.

Generell begrüßte Professor Dr. Richter den von der SPD vorgeschlagenen Forschungsrat, sagte jedoch als Anregung dazu: "Das Problem des Forschungsrats ist nicht nur ein Problem des 'Was', sondern ein Problem des 'Wie'. Es ist nicht die Frage, wer berät, sondern wer entscheidet. Die Wissenschaft ist sehr beunruhigt darüber, dass einige der Pläne die letzten Entscheidungen allein der Verwaltung überlassen wollen und die Männer der Wissenschaft in einen Beirat zurückgedrängt werden

sollen. Ein Beratungskörper von 15 bis 20 Beratern und die Entscheidung nur bei der Exekutive, hinzugenommen die Spannungen zwischen Bundesregierung und den Kultusministern der Länder, würde der wertvollen Planung umsichtiger Männer, die sich um den Vorschlag eines Forschungsrates verdient machen, nicht gerecht werden.

Ein beschämender Vergleich

Als Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes liegt Prof. Dr. Richter der internationale Studentenaustausch besonders am Herzen. Leider konnte der Präsident in Bezug auf den Auslandsaufenthalt deutscher Studenten nicht nur positive Angaben machen. Im Jahre 1953 waren weniger deutsche Studenten im Ausland als vor dem 1. Weltkrieg. Während 1953 die Zahl der im Ausland studierenden Deutschen noch 8 000 betrug, ist sie im Jahre 1956 auf 5 400 zurückgegangen. Diese erschreckend niedrige Zahl ergibt sich aus den wenigen Stipendien, die für Auslandsaufenthalt deutscher Studenten zur Verfügung stehen. Während der Bundesrepublik jährlich für 690 Studierende Auslandsstipendien bereitstellt, stehen für den gleichen Zweck in Frankreich 1271, in Schweden 1097, in der Türkei 1942 und in den USA 4 313 Stipendien für Auslandsaufenthalte der Studierenden dieser Länder zur Verfügung. "Die Bemühungen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes", so schloss Präsident Professor Dr. Richter diese Feststellung, "würden nicht Erfolg haben, wenn man nicht bald die Stipendienmöglichkeit für Auslandsaufenthalte deutscher Studenten beträchtlich erhöhte".

Die ausländischen Dozenten und Studenten, die nach Westdeutschland kommen, besuchen auf Veranlassung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes auch die Viersektorenstadt Berlin. Präsident Richter kündigte an, dass neuerdings geplant sei, dass ausländische Studierende auf Veranlassung ihrer Hochschulen Reisen nach Berlin unternehmen. Die Kosten hierfür werden von der öffentlichen Hand getragen. Diese erfreuliche Antwort des Präsidenten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes ist ein Zeichen, dass das Interesse dieser Zentralstelle für die Auslandsbeziehungen der deutschen Hochschulen weit über den engen Rahmen des reinen Studentenaustausches hinausgeht. Man kann diesem Streben nur jede erdenkliche Unterstützung wünschen.

Malträtiertes Christentum

sp- Wieder wird das Christentum zu politischen Zwecken missbraucht. Diesmal im Saargebiet, wo die "Arbeitsgemeinschaft für christliche Einheit an der Saar" bemüht ist, eine neue Regierung aus der Taufe zu heben. Gedrängt von Bonn und ernahmt von den Bischöfen von Speyer und Trier sollen die beiden sich "christlich" nennenden Parteien im Saargebiet die "christliche Einheit" herstellen. Der Zweck dieses Unternehmens ist es, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob es an der Saar um die Erhaltung der christlichen Belange ginge, die angeblich gefährdet sind, wenn CDU und CVP - die Partei des früheren Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann - nicht zusammen eine "christliche" Regierung bilden.

Das ist natürlich ein grober Unfug, der dort getrieben wird. Im Saargebiet gibt es keine Gefährdung des Christentums. Die Bevölkerung an der Saar, auch jene Teile, die nicht CDU oder CVP wählen, ist von Grund auf christlich. Bei den Freien Demokraten und bei der Sozialdemokratischen Partei sind genau so gute Christen wie bei jenen Parteien, die das Wort "christlich" als Firmenschild führen.

Aber ebenso wie im Bundesgebiet soll auch jetzt an der Saar das Christentum als Vorspann für die Etablierung des politischen Machtanspruchs der CDU dienen. Das hierbei skrupellos die Partei eines Mannes wieder in die politische Arena geführt wird, die mehr als ein Jahrzehnt lang aus dem Saargebiet einen Pufferstaat unter französischer Aufsicht zwischen Deutschland und Frankreich machen wollte, sei als besondere politische Geschmacklosigkeit am Rande vermerkt.

Durch solche Machenschaften werden in Deutschland sowohl das Christentum als auch die Demokratie in Misskredit gebracht. Der gläubige Christ wird mit der Hinweis auf das christliche Firmenschild von politischen Parteien unter Druck gesetzt und vielleicht sogar in Gewissensnot gebracht. Das so für politische Zwecke malträtierete Christentum leidet darunter ebenso wie unter der Gedankenlosigkeit jener, die widerstandslos derartige Machenschaften hinnehmen.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/87 - 13. April 1957

Anhang

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21834-33
Fernschreiber 0886890

Der Osterglaube und die Wirklichkeit unserer Welt

Von Pfarrer Dr. Dr. Fritz Wenzel, MdB.

Die Botschaft des christlichen Osterfestes verkündet ein Ereignis, das sich dem menschlichen Begreifen entzieht. Die Auferstehung Jesu Christi von den Toten, von der die Evangelien berichten, ist ein Geheimnis des Glaubens, das der menschliche Verstand, selbst wenn er sich dabei theologischer und dogmatischer Argumente bedient, nicht enträtseln kann. Auch die neutestamentlichen Berichte selber bezeugen nur, dass Jesus auferstanden ist. Sie machen an keiner Stelle den Versuch, den Vorgang der Auferstehung zu beschreiben, zu erklären und verständlich zu machen. Die Glaubenswahrheiten lassen sich eben nicht mit naturwissenschaftlichen Methoden beweisen. Sie werden von den Schreibern der biblischen Berichte als Geschehnisse bezeugt und sind als Wunder Gottes Ereignisse einer übersinnlichen Welt, die jenseits unserer sichtbaren Welt steht.

Bekenntnis Gottes zum Leben

Trotzdem darf niemand, der es um das Glaubensverständnis der christlichen Botschaft geht, an der Tatsache vorbeisehen, dass diese Botschaft dialektisch verstanden werden muss, d.h., dass die christliche Botschaft zwar nicht von dieser Welt, aber doch für diese Welt ist, dass sie gewiss über allen irdischen Zeiten steht, aber doch auch für jede irdische Zeit als Antwort Gottes auf die Fragen und Nöte der Menschen gedacht ist. Diese ständige Aktualität der christlichen Botschaft wird besonders am Osterglauben deutlich, denn dieser Glaube spricht vom Sieg Gottes über die Mächte des Todes und der Vernichtung. Der Osterglaube ist, wenn man ihn in der ganzen Tiefe seiner Christlichkeit verstanden hat, auf Bekenntnis Gottes zum Leben der Menschen auf unserer wirklichen Welt.

Jede Zeit trägt ihre besonderen Merkmale und Kennzeichen. Wir Heutigen erleben den Beginn eines neuen Zeitalters, das unerhörte Möglich

keiten einer neuen und besseren Lebensgestaltung oder einer unausdenkbaren grauenvollen Vernichtung und Zerstörung des Lebens in sich trägt. Es geht heute buchstäblich um Sein oder Nichtsein, um Leben oder Tod. Im Angesicht dieser Wirklichkeit wird der Osterglaube zu einer unüberhörbaren Warnung an alle diejenigen auf unserer Welt, in deren Händen die Verfügungsgewalt über die Atomkräfte im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen gegeben ist. Wie könnten wir Ostern feiern und uns im Sinne des christlichen Glaubens zu dem Ja Gottes zum Leben und zu seinem Sieg über Tod und Vernichtung bekennen, wenn wir selbst nicht bereit wären, mit allen Kräften die uns zur Verfügung stehen, für eine sinnvolle, dem Frieden und dem Leben dienende Verwendung der Atomkräfte einzutreten.

Eine Erinnerung

Im gegenwärtigen Augenblick, wo die Diskussion darüber die deutsche Öffentlichkeit bewegt, ob die im Entstehen begriffene Bundeswehr mit atomaren Waffen ausgerüstet werden soll, wo wir mit ebenso viel Empörung wie Sorge davon Kenntnis bekommen haben, dass Atomwaffen in der Bundesrepublik lagern, wird die Erinnerung an den 6. August 1945 aufs Neue wach.

An diesem Tage wurde bekanntlich die erste Atombombe auf Hiroshima geworfen. Wie ein unüberhörbarer Kahnrausch, der das Osterfest dieses Jahres für alle, die zu ernstem, verantwortlichem Nachdenken bereit sind, zu einem Fest der Umkehr und Besinnung machen sollte, wirkt die Nachricht, die vor wenigen Tagen aus Amerika gekommen ist und die das menschliche Schicksal des Majors Batherley betrifft. Major Batherley war, wie man in Amerika zu sagen pflegte, einer der Helden von Hiroshima, einer der führenden Männer, die am 6. August 1945 eine B-29, die "Sturmpfeil", flogen. Er hatte zwei geeignete Ziele auszukundschaften, die später von der Schicksalsmaschine "Enola Gay" mit der Atombombe bedacht werden sollten. Seine Wahl fiel auf Hiroshima und Nagasaki. Batherley erlebte die Vollstreckung des Todesurteils auf diese beiden Städte aus unmittelbarer Nähe mit und kurz nach dem Bombenabwurf flog er über das ausgebrannte Gebiet, um das Ausmaß der Zerstörung festzustellen. Er, der immer als ein ruhiger, durch nichts zu erschütternder Flieger und als ein ebenso guter Familienvater galt, konnte sich, wieder ins Familienleben zurückgekehrt, nicht mehr zurechtfinden. Nachts

wachte er zuweilen auf und schrie unvermittelt: "Spring raus!" Die Verfolgungsträume wiederholten sich immer wieder und die allgemeine Nervosität erreichte einen solchen Grad, dass er sich freiwillig in psychiatrische Behandlung begab. Man stellte eine leichte Geistesgestörtheit als Folge der Kriegserlebnisse fest.

Aber damit nicht genug! Eines Tages musste seine Familie erfahren, dass ihr Oberhaupt unter die Verbrecher gegangen war. Zwischen kurzen Anstaltsaufenthalten hatte Eatherley mit verschiedenen Gefängnissen Bekanntschaft machen müssen, und zwar wegen Fälschungen und Diebstählen. Kaum war er wieder frei, folgten bewaffnete Überfälle. "Ich weiss nicht, warum mich das alles getan habe", gestand er dem Psychiater.

Die Warnung

Dieses erschütternde Schicksal eines der Männer, die für den ersten Atombombenabwurf auf Hiroshima verantwortlich sind, spricht für sich. Es sei hier daran erinnert, dass ein anderer daran Beteiligter in ein Kloster gegangen ist, weil er meinte, auf diese Weise am ehesten mit den fürchterlichen seelischen Erschütterungen und Belastungen fertig werden zu können. Um diese so tragischen Schicksale zu verstehen, muss man wissen, dass diese ersten auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfene Atombombe in einer Stunde rund 240 000 Menschen vernichtet hat. Der deutsche Forscher und Professor Karl Bechert aus Mainz hat kürzlich eine sehr lesenswerte Broschüre unter dem Titel veröffentlicht "Der Wahnsinn des Atomkrieges". Niemand, der auch nur eine oberflächliche Kenntnis von den atomaren Waffen hat, wird diesen Titel übertrieben und reisserisch nennen dürfen. Es ist eine von allen Sach- und Fachkernern auf militärischem und politischem Gebiet zugestandene Tatsache, dass ein dritter Weltkrieg mit diesen Massenvernichtungswaffen einem allgemeinen Massenmord gleichkäme.

Besinnen wir uns auf die Kräfte des
Glaubens und der Menschlichkeit!

An diesem Osterfest, dem Fest des Lebens und des Sieges über Tod, Vernichtung und Unglauben, fragen wir in ernster Betroffenheit und aus christlicher Verantwortung für das Leben der Menschheit nach den Kräften,

die stark genug sind, die uns bedrohende totale Vernichtung aufzuhalten und den österlichen Sieg Gottes auch in unserer Zeit, im Atomzeitalter, auf unserer Erde zur Herrschaft zu bringen. Es wird alles davon abhängen, dass wir den Warnruf: Hiroshima und die Menschenschicksale, die damit zusammenhängen, nicht überhören und vergessen, dass wir uns auf die lebendigen Kräfte des Glaubens und der Menschlichkeit besinnen, die nicht nur deklariert und in feierlichen Stunden beschworen werden wollen, sondern die gelebt und verwirklicht werden müssen.

Der christliche Glaube, der im Osterglauben seinen gewaltigsten Ausdruck findet, muss in der Wirklichkeit unserer Welt als Tatchristentum gelebt werden, und ebenso eindrucksvoll mahnend und warnend, wie die Ereignisse von Hiroshima und Nagasaki, muss die Stimme Albert Schweizers aus dem afrikanischen Urwald als österlicher Ruf Gehör auf dem ganzen Erdkreis finden: Sein Ruf zur Earsfurcht vor dem Leben.

* * *